



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

# FÜR EINE NEUAUSRICHTUNG EUROPÄISCHER INDUSTRIEPOLITIK

Von Bernd Lange

Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt eine Rückbesinnung auf die Industrie in Europa. 75% des Exports aus der EU und 25% der Wertschöpfung kommen aus der Industrie und fast ein Drittel aller Arbeitsplätze, mit denen etwa 57 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, sind in der Industrie angesiedelt. Die konservativ-liberale Mehrheit in der EU hat die Industriepolitik in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Der Fokus der Politik lag einseitig auf der Selbstregulierung der Märkte, auf Finanz- und Dienstleistungs-

chen zu verankern. Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie mehr genutzt werden, deshalb sollte eine möglichst große Beteiligung stattfinden, die über die EU-Mindestregelungen hinausgehen.

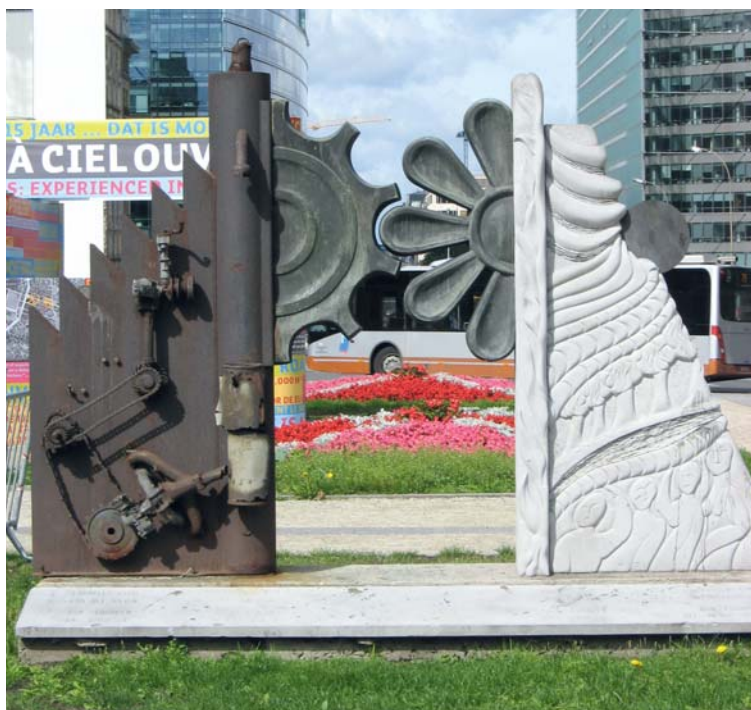
Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller entwickelt als die Produktivität der Ressourcen (Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und Material). In der Industrie machen die Arbeitskosten etwa 20% und die Kosten für Ressourcen 40% aus. Eine deutliche Steigerung der Ressourceneffizienz durch Anreizsysteme, durch Vorgaben und durch Verbreitung von guten Praxisbeispielen verbessert die Nachhaltigkeit und stärkt die Position der europäischen Industrie. Ihre Leistungsfähigkeit im globalen Wettbewerb kann nur durch neue Technologien und Lösungen, eine gut organisierte Lieferkette, verbesserte Effizienz, qualifizierte und kreative ArbeitnehmerInnen sowie gute Logistik und Infrastruktur bewahrt werden. Eindeutige Lohnkürzungen und pauschale Ausgabensenkungen sind nicht der richtige Weg. Zentral in der Industriepolitik ist daher u.a. die europaweite Förderung von Innovationen, was sowohl Produkte aber auch Dienstleistungen, Prozesse und Organisation umfasst und die die gesamte Prozess- und Wertschöpfungskette mit in den Blick nimmt. Also z.B. nicht nur das saubere Auto, sondern von der Entwicklung, über die Zulieferer, die Nutzung im intelligenten Verkehrssystem bis hin zum Recycling. Die Stärkung von Leitmärkten wie der Umweltindustrie (ca. 3,5 Mio. Beschäftigte und bis zu 50 % weltweiter Marktanteil) oder der Mobilitätswirtschaft sowie Antworten auf globale Herausforderungen durch Klimawandel, demographische Veränderungen oder wachsende Städte müssen angepackt werden. Sinnvolle regionale Strukturen können zudem ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Industrie in Europa sein. Cluster, Innovationszusammenhänge und Vernetzungen (Betriebe, Universitäten und Forschungszentren) sind wesentlich für Investitionsentscheidungen und Technologietransfer. Deswegen sollten innovative Cluster und regionale Netzwerkstrukturen wie Metropolregionen weiter gefördert werden.

Der Erfolg einer neuen nachhaltigen Industriepolitik hängt davon ab, dass insbesondere die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften eingebunden werden. Die EU ist aufgefordert, ein klares Partnerschaftsprinzip in allen Berei-

chen zu verankern. Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie mehr genutzt werden, deshalb sollte eine möglichst große Beteiligung stattfinden, die über die EU-Mindestregelungen hinausgehen.

Gerade für das Industrieland Niedersachsen mit starker Mobilitäts- und Ernährungswirtschaft, Chemie-, Werft- und Stahlindustrie aber auch wachsender Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien ist, eine sinnvolle und verlässliche EU-Industriepolitik elementar. Die Sozialdemokraten im EP sind hier der Motor.

Das Europäische Parlament stimmt Anfang 2011 über den Bericht ab, der zu finden ist unter [www.bernd-lange.de](http://www.bernd-lange.de). ■



Industrie und Umweltschutz müssen ineinander greifen

Foto: Katrin Reich

bereichen, eine Deindustrialisierung wurde in Kauf genommen.

Damit wir auch zukünftig qualifizierte Arbeitsplätze und eine nachhaltige Produktion mit industrieller Wertschöpfung in der EU erhalten, muss die EU zügig eine Politik für eine nachhaltige, ökoeffiziente, wissensbasierte und global wettbewerbsfähige Erneuerung der industriellen Basis auf den Weg bringen. Jetzt gibt es erste Ansätze eines Umsteuerns. Das Europäische Parlament entwickelt eine industriepolitische Strategie und hat mich zum Berichterstatter ernannt. Die EU-Kommission wird nun auch endlich im Rahmen der EU 2020 Strategie mit einer Mitteilung zur Industriepolitik aktiv.

Und in der Tat, wir brauchen klare Zielvorstellungen für die europäische Industrie in 2020 mit Orientierungen z.B. für Energie- und Ressourceneffizienz, so

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

### KLIMASCHUTZ UND ARBEITSPLÄTZE



Sichert der Handel mit Emissionsrechten Arbeitsplätze in der Industrie? Was ist technisch möglich? Was bedeutet das für die Entwicklung Erneuerbarer Energien? Welches sind die Instrumente der Zukunft?

Der Europaabgeordnete Bernd Lange und der SPD-UB Salzgitter laden ein zu Information und Diskussion mit den Experten: Bernd Lange, MdEP (Einführung), Dr. Matthias Miersch (MdB), Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Dr.-Ing. Jens Traupe, Leiter Umweltschutz- und Energiepolitik der Salzgitter AG; Dietmar Schütz, Präsident des Bundesverbands Erneuerbarer Energien e.V.; Moderation: Dr. Michael Ahlers, Braunschweiger Zeitung. Die Veranstaltung ist öffentlich & kostenlos.

**Donnerstag, 18.11.2010, 19.00 Uhr,**  
Gewerkschaftshaus Salzgitter;  
**INFOS unter: [www.bernd-lange.de](http://www.bernd-lange.de)**  
**ANMELDUNG** erbeten unter:  
[mail@bernd-lange.de](mailto:mail@bernd-lange.de) oder  
telefonisch: 0511/1674-210

#### Impressum

##### Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne,  
Sebastian SchumacherAnschrift: Odeonstraße 15/16,  
30159 HannoverE-Mail: [lopovorwaerts@gmx.de](mailto:lopovorwaerts@gmx.de)Layout & Satz: Anette Gilke  
[mail@AnetteGilke.de](mailto:mail@AnetteGilke.de)